

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	23
<i>Erstes Kapitel</i>	
Der Grundsatz der Privatrechtsbindung der Verwaltung	52
A. Verfassungsrechtliche Verankerung des Grundsatzes der Privatrechtsbindung der Verwaltung	53
I. Anerkennung der rechtsstaatlichen Bedeutung der Privatrechtsbindung der Verwaltung im 19. Jahrhundert.....	53
II. Heutige rechtsstaatliche Bedeutung des Grundsatzes der Privatrechtsbindung der Verwaltung	57
B. Reichweite des Grundsatzes der Privatrechtsbindung der Verwaltung	64
I. Privatrechtsfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts als privatrechtliche „Vollrechtsfähigkeit“	64
1. Die Konzeption des BGB und ihre verfassungsrechtliche Anerkennung	64
2. Einschränkung der Privatrechtsbindung der Verwaltung nach der Lehre von der Teilrechtsfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts bzw. der „ultra-vires-Lehre“?	70
II. Folgerungen für Geltungsanspruch und Regelungsinhalt des Grundsatzes der Privatrechtsbindung der Verwaltung	82
1. Schutzziel und Schutzzinhalt des Grundsatzes der Privatrechtsbindung der Verwaltung	82

2. Rechtfertigung der bestehenden materiellen Fiskusprivilegien	85
3. Reichweite des Grundsatzes der Privatrechtsbindung der Verwaltung bei Erfüllung primärer und sekundärer Verwaltungsaufgaben	86
4. Verhältnis des Grundsatzes der Privatrechtsbindung der Verwaltung zum Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	97
5. Reichweite des Grundsatzes der Privatrechtsbindung der Verwaltung gegenüber dem Organisationsverfassungsrecht juristischer Personen des öffentlichen Rechts	104
6. Geltung des Grundsatzes der Privatrechtsbindung der Verwaltung im Verhältnis zwischen Verwaltungsträgern	109
7. Fiskuslasten als Ausprägung des Grundsatzes der Privatrechtsbindung der Verwaltung?	119
III. Privatrechtsbindung der Verwaltung und Verwaltungsakt	124
1. Die „Verwaltungsaktsfestigkeit“ des Grundsatzes der Privatrechtsbin- dung der Verwaltung	125
2. Abgrenzung privatrechtsmißachtender Einzelfallregelungen von privatrechtsgestaltenden Verwaltungsakten	137
C. Zusammenfassung der Ergebnisse und ihre Bedeutung für eine Lehre vom Verwaltungsprivatrecht	141

Zweites Kapitel

Handlungsfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts im Privatrechtsverkehr	144
A. Verwaltungsorganisationsrechtliche Grundlagen	145
I. Grundbegriffe	146
1. Unterscheidung zwischen juristischer Person, ihren Organen und Organwaltern	146
2. Sonderformen der Verwaltungsorganisation: Auftragsverwaltung, zwischenbehördliches Mandat, Organleihe	152

II. Bedeutung der Zuständigkeitsnormen	156
1. Arten der Zuständigkeiten	157
2. Bindung des privatrechtlichen Verwaltungshandelns an die Zuständigkeitsordnung	160
3. Der materielle Gehalt der Zuständigkeitsnormen: Das Prinzip der Selbstorganschaft.....	166
III. Besonderheiten bei Auseinanderfallen von privatrechtlicher Aktiv- oder Passivlegitimation und der Verwaltungszuständigkeit.....	174
1. Abgrenzung von unproblematischen Fällen	175
2. Verschiedene Lösungsansätze in der Rechtsprechung.....	181
3. Notwendigkeit einer einheitlichen Lösung	189
B. Zurechnung von Willenserklärungen.....	195
I. Maßgebliches Recht für Vertretungsfragen	195
1. Bedeutung der Rechtsnatur der abzugebenden Willenserklärung für das anzuwendende Recht	196
2. Bedeutung der Rechtsnatur des zwischen dem Organwalter und dem Verwaltungsträger bestehenden Rechtsverhältnisses für das anzuwendende Recht.....	200
II. Zurechnung von Willenserklärungen eines Organwalters i.e.S.	203
1. Außenvertretungskompetenz des Organs	204
2. Einzelvertretung und Gesamtvertretung durch Organwalter i.e.S.	209
3. Begrenzung der Vertretungsmacht durch Schriftformerfordernisse	210
4. Begrenzung der Vertretungsmacht der Organwalter i.e.S. durch die materielle Zuständigkeit des Organs und Anwendbarkeit der Lehre vom Mißbrauch der Vertretungsmacht.....	216
III. Zurechnung von Willenserklärungen eines Organwalters i.w.S.	225
1. Rechtsnatur und Rechtswirkungen der Zeichnungsbefugnis	225

2. Fehlerfolgen bei Erteilung der Zeichnungsbefugnis durch einen Unbefugten	231
3. Fehlerfolgen bei Erteilung der Zeichnungsbefugnis für „höchst-persönliche Rechtsgeschäfte“	232
4. Fehlerfolgen bei Erteilung der Zeichnungsbefugnis an hierfür rechtlich ungeeignete Personen	235
5. Reichweite der rechtmäßig erteilten Zeichnungsbefugnis	241
IV. Fehlerfolgen und Vertrauensschutz bei fehlender Vertretungsmacht	244
1. Entsprechende Anwendbarkeit von § 177, § 178 und § 180 BGB	245
2. Duldungs- und Anscheinsvollmacht	252
3. Erfüllungshaftung wegen „Anspruchserwirkung“ aus § 242 BGB	257
4. Schadensersatzhaftung des Vertreters und des Verwaltungsträgers	266
C. Zurechnung nicht-rechtsgeschäftlichen Verhaltens	275
I. Zurechnung bei juristischen Personen des Privatrechts	275
1. Zurechnung des Verhaltens der Organwalter i.e.S.: § 31 BGB	276
2. Zurechnung des Verhaltens anderer Personen: § 278 Satz 1, § 831 Abs. 1, § 855 BGB	279
II. Zurechnung bei Verwaltungsträgern	283
1. Regelungsgehalt des § 89 Abs. 1 BGB	283
2. Regelungsgehalt des Art. 34 Satz 1 GG: Das Problem des haftungsrechtlichen Beamtenbegriffs	286
3. Allgemeine Zurechnungsgrundsätze bei Verwaltungsträgern	293
III. Die Unterscheidung zwischen dienstlichem und privatem Verhalten	296
D. Zurechnung von Kenntnissen und Wissen	303
I. Wissenszurechnung bei juristischen Personen des Privatrechts	303

1. Wissensvertreter	304
2. Wissensinhalt	309
II. Wissenszurechnung bei Verwaltungsträgern	312
1. Entdeckung der Besonderheiten der Wissenszurechnung bei Verwaltungsträgern durch die Rechtsprechung	313
2. Ausschließliche Maßgeblichkeit des öffentlichen Rechts für die Wissenszurechnung bei Verwaltungsträgern	318
E. Zusammenfassung der Ergebnisse und ihre Bedeutung für eine Lehre vom Verwaltungsprivatrecht	323
<i>Drittes Kapitel</i>	
Die Unterscheidung zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht und die Abgrenzung ihrer Anwendungsbereiche	328
A. Die „Gesetzgebungskompetenztheorie“	330
I. Kurze Kritik der „klassischen“ Abgrenzungstheorien	330
1. Vorrechtlicher Ansatz	330
2. Heranziehung von Dogmen zur Bestimmung der Anwendungsbereiche von öffentlichem und privatem Recht	333
3. Überbetonung der Rechtswegfrage	342
II. Die „Gesetzgebungskompetenztheorie“ als Gesamtlösung	344
1. Prämissen und Aussagen der „Gesetzgebungskompetenztheorie“	344
2. Näheres zum Zusammenhang zwischen Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG und dem Grundsatz der Privatrechtsbindung der Verwaltung	351
3. Näheres zur Bestimmung des Anwendungsbereichs des Privatrechts unter Anwendung der „Gesetzgebungskompetenztheorie“	354
4. Möglichkeit gemeinsamen Rechts nach der „Gesetzgebungskompetenz- theorie“ und seine Bedeutung für die Rechtswegfrage	356

5. „Gesetzgebungskompetenztheorie“ und der Einfluß des Gemeinschaftsrechts auf die Unterscheidung zwischen öffentlichem und privatem Recht.....	363
B. Zuordnung von Normen auf der Schnittstelle zwischen öffentlichem und privatem Recht.....	375
I. Existenz von Privatverwaltungsrecht?.....	376
1. Gesetzgebungspraxis und Rechtsprechung.....	377
2. Notwendigkeit der Anerkennung von Privatverwaltungsrecht aus der Sicht des Gesetzgebers	382
3. Reichweite des Privatverwaltungsrechts.....	386
4. Rechtsweg für die Durchsetzung von Privatverwaltungsrecht	394
II. Zuordnung von Sonderregeln für den Abschluß und den Inhalt privatrechtlicher Verwaltungsverträge.....	407
1. Zuordnung von Regelungen, die die Privatrechtsform für die Erfüllung von primären Verwaltungsaufgaben vorschreiben.....	407
2. Zuordnung von Regelungen, die ein Kontrahierungsverfahren für die Erfüllung von Primäraufgaben in Privatrechtsform anordnen	410
3. Zuordnung von Regelungen, die ein Sonderrecht für privatrechtliche Verwaltungsverträge normieren, die zur Erfüllung primärer Verwaltungsaufgaben abgeschlossen werden.....	412
4. Zuordnung des Vergaberechts	414
III. Zuordnung von Regelungen, die Verwaltungsträgern die Einwirkung auf zwischen Dritten bestehende Rechtsverhältnisse ermöglichen	421
1. Zuordnung des § 569 Abs. 3 Nr. 2 BGB.....	421
2. Zuordnung der Verwaltungsträgern eingeräumten gesetzlichen Vorkaufsrechte	423
3. Zuordnung von Vorschriften, die zugunsten von Verwaltungsträgern eine Legalzession privatrechtlicher Ansprüche anordnen.....	426
IV. Zuordnung von besonderen sachenrechtlichen Regelungen	428

1. Zuordnung von Sonderregeln über Erwerb, Begründung, Veränderung und Übertragung dinglicher Rechte bei Beteiligung von Verwaltungsträgern.....	428
2. Zuordnung von Regelungen, die für Verwaltungsträger im BGB nicht vorgesehene dingliche Rechte begründen.....	435
V. Zusammenfassung der Ergebnisse und ihre Bedeutung für eine Lehre vom Verwaltungsprivatrecht.....	449
C. Verwaltungsträger als Verpflichtete aus gesetzlichen privatrechtlichen Ansprüchen.....	452
I. Passivlegitimation aus gesetzlichen Herausgabeansprüchen	453
1. Rechtsprechung zum Bereicherungsrecht.....	453
2. Rechtsprechung zu dinglichen Herausgabeansprüchen	456
3. Bewertung aus der Sicht der „Gesetzgebungskompetenztheorie“	462
II. Passivlegitimation aus gesetzlichen Unterlassungs- und Störungsbeseitigungsansprüchen.....	465
1. Rechtsprechung zum Nachbarrecht	465
2. Rechtsprechung zu wettbewerbsrechtlichen Abwehransprüchen gegenüber der Art und Weise wettbewerbsrelevanten Verwaltungshandelns.....	484
3. Rechtsprechung zu wettbewerbsrechtlichen Abwehransprüchen gegenüber der Aufnahme wettbewerbsrelevanter Tätigkeiten	496
4. Rechtsprechung zum Ehrenschatz und allgemeinen Persönlichkeitsrecht.....	503
5. Bewertung aus der Sicht der „Gesetzgebungskompetenztheorie“	512
III. Passivlegitimation aus gesetzlichen Schadensersatzansprüchen.....	526
1. Rechtsnatur der allgemeinen Integritätsschutzpflichten als Normqualifikationsproblem.....	527
2. Rechtsprechung zu den Verkehrssicherungspflichten	530
3. Rechtsprechung zur Pflicht zur Vermeidung unerlaubter Handlungen.....	534

4. Rechtsprechung zu den Gefährdungshaftungstatbeständen und vergleichbaren Regelungen	545
5. Zuordnung der allgemeinen Integritätsschutzpflichten nach der „Gesetzgebungskompetenztheorie“	547
6. Die besonderen Probleme der „allgemeinen Unfallverhinderungspflichtigen“: Haftungsregime für Dienstfahrtenunfälle und Querschläger ...	555
IV. Passivlegitimation aus gesetzlichen Aufwendungsersatzansprüchen – insbesondere aus Geschäftsführung ohne Auftrag	563
V. Zusammenfassung der Ergebnisse und ihre Bedeutung für eine Lehre vom Verwaltungsprivatrecht	570
D. Verwaltungsträger als Inhaber gesetzlicher privatrechtlicher Ansprüche	573
I. Aktivlegitimation aus bereicherungsrechtlichen Ansprüchen	574
1. Anwendungsbereich der §§ 812 ff. BGB nach der Rechtsprechung	574
2. Zuordnung nach der „Gesetzgebungskompetenztheorie“	578
3. Ausschluß und Einschränkung privatrechtlicher Bereicherungsansprüche durch öffentlich-rechtliche Regelungen?	586
II. Aktivlegitimation aus gesetzlichen Ansprüchen zur Abwehr von Eingriffen in absolute Rechte, den Besitz und Wettbewerbspositionen	588
1. Schutz öffentlich-rechtlicher absoluter Rechte durch privatrechtliche Abwehransprüche?	589
2. Abschließende Regelung bestimmter Sachverhalte durch das Privatrecht?	595
3. Ausschluß und Einschränkung privatrechtlicher Abwehransprüche durch öffentlich-rechtliche Regelungen?	600
III. Aktivlegitimation aus gesetzlichen Schadensersatzansprüchen	609
1. Schadensersatzansprüche als „wesensmäßiges“ Privatrecht?	610
2. Schutz öffentlich-rechtlicher Rechtsgüter durch privatrechtliche Schadensersatzansprüche?	619

3. Sonderfall der allgemeinen Integritätsschutzpflichten	628
4. Ausschluß und Einschränkung privatrechtlicher Schadensersatz- ansprüche durch öffentlich-rechtliche Regelungen?	631
IV. Aktivlegitimation aus gesetzlichen Aufwendungsersatzansprüchen – insbesondere aus Geschäftsführung ohne Auftrag	634
1. Ausschluß privatrechtlicher Aufwendungsersatzansprüche aus verfassungsrechtlichen Gründen?	637
2. Anwendbarkeit privatrechtlicher Aufwendungsersatzansprüche nach der „Gesetzgebungskompetenztheorie“	644
3. Abschließende Regelung bestimmter Sachverhalte durch das Privatrecht?	653
4. Ausschluß und Einschränkung privatrechtlicher Aufwendungsersatz- ansprüche durch öffentlich-rechtliche Regelungen?	654
V. Zusammenfassung der Ergebnisse und ihre Bedeutung für eine Lehre vom Verwaltungsprivatrecht	657
E. Anwendbarkeit des Rechts der privatrechtlichen vertraglichen Schuld- verhältnisse – Unterscheidung zwischen öffentlich-rechtlichen und privat- rechtlichen Verwaltungsverträgen	660
I. Zuordnungen von Verwaltungsverträgen, die bestehende Sonderrechtsver- hältnisse verändern oder aufheben	662
1. Veränderung und Aufhebung bestehender privatrechtlicher Schuld- verhältnisse	663
2. Veränderung und Aufhebung bestehender öffentlich-rechtlicher Verwaltungsrechtsverhältnisse	666
3. Möglichkeit der Veränderung der Rechtsnatur bestehender Rechts- verhältnisse?	672
II. Zuordnung von Verwaltungsverträgen, die neue Rechtsverhältnisse begründen	678
1. Allgemeiner Ansatzpunkt der „Gesetzgebungskompetenztheorie“ und die Zuordnung durch Rechtssatz besonders vorgeordneter Verträge	680

2. Zuordnung nicht normativ vorgeordneter Verwaltungsverträge nach der „Gesetzgebungskompetenztheorie“	693
3. Überzeugungskraft der in der Literatur vorgebrachten Argumente für eine weitergehende Publizierung des Verwaltungsvertragsrechts	700
III. Besondere Vertragskonstruktionen	713
1. Rechtsnatur hinkender Austauschverträge	713
2. Rechtsnatur von Umgehungsverträgen	725
3. Existenz gemischt öffentlich-privatrechtlicher Verträge?	729
IV. Exemplifizierung der Ansatzpunkte der „Gesetzgebungskompetenztheorie“ in Einzelfällen	739
1. Verträge über Leistungen der Daseinsvorsorge	740
2. Subventions-, Ansiedlungs- und Ausbildungsförderungsverträge	744
3. Vermögensprivatisierungs- und Vermögensverwertungsverträge	751
4. Verträge über die Einräumung von Wegenutzungsrechten für Versorgungsleitungen (Gestattungs- und Konzessionsverträge)	755
5. Verträge zur Sicherung öffentlich-rechtlicher Forderungen eines Verwaltungsträgers	762
6. Verträge zur Abwendung der Enteignung und Umlegungsverträge	768
7. Sozialrechtliche Leistungsbeschaffungsverträge	772
8. Mietgarantien der Sozialämter	781
V. Zusammenfassung der Ergebnisse und ihre Bedeutung für eine Lehre vom Verwaltungsprivatrecht	785
F. Sonderprobleme des Verhältnisses von Verwaltungsorganisationsrecht und Privatrecht	791
I. Anwendbarkeit des Privatrechts zwischen Verwaltungsträgern	791
1. Anwendbarkeit des Privatrechts im allgemeinen Verkehr zwischen Verwaltungsträgern	793

2. Geltung privatrechtlicher Ansprüche zwischen Verwaltungsträgern aufgrund einer Legalzession	816
3. Möglichkeit privatrechtlicher Verträge zwischen Verwaltungsträgern	818
4. Ausschluß und Einschränkung privatrechtlicher vertraglicher An- sprüche durch die Besonderheiten des Verwaltungsorganisationsrechts?	828
5. Besonderheiten bei Beteiligung öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute	830
II. Anwendbarkeit des Privatrechts im Recht des öffentlichen Dienstes und bei Einbeziehung selbständiger Unternehmen in die Erfüllung von Verwaltungsaufgaben	835
1. Bedeutung der für die Einstellung und Beförderung von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes geltenden Sonderregelungen	836
2. Anerkennung der Existenz auf privatvertraglicher Grundlage tätiger Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes bis 1945	840
3. Fortentwicklung des Rechts der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes in Gesetzgebung und Rechtsprechung nach 1945	853
4. Rechtsnatur der Arbeitsverträge des öffentlichen Dienstes nach der „Gesetzgebungskompetenztheorie“	869
5. Rechtsnatur vertraglicher Dienstverhältnisse von Organwaltern i.e.S.	884
6. Rechtsnatur von Verwaltungsverträgen über die Einbeziehung selbstän- diger Unternehmen in die Erfüllung von Verwaltungsaufgaben	888
III. Zusammenfassung der Ergebnisse und ihre Bedeutung für eine Lehre vom Verwaltungsprivatrecht	897
G. Bedeutung der Ergebnisse für eine Lehre vom Verwaltungsprivatrecht	900
<i>Viertes Kapitel</i>	
Durchsetzung bestehender öffentlich-rechtlicher Bindungen bei privatrechtlichem Verwaltungshandeln	
A. Kritik der bisherigen Lösungsansätze	906
I. Verwaltungsprivatrecht als Sonderprivatrecht	907

1. Erste Ansätze einer „Sonderprivatrechtslösung“ in der Rechtsprechung des Reichsgerichts	909
2. Die „Sonderprivatrechtslösung“ in der heutigen Rechtsprechung.....	912
3. Methodische Bedenken gegen die „Sonderprivatrechtslösung“	921
4. Unvereinbarkeit der „Sonderprivatrechtslösung“ mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Privatrechtsanwendung.....	926
5. Art. 10 EGV als Zwang zur „Sonderprivatrechtslösung“ bei Verstößen gegen Gemeinschaftsrecht?	941
II. Analoge Anwendung der §§ 54 ff. VwVfG auf privatrechtliche Verwaltungsverträge.....	949
1. Verstoß der Analogie gegen verfassungsrechtliche Prinzipien und die Grundsätze der „Gesetzgebungskompetenztheorie“	950
2. Nur eingeschränkte Vergleichbarkeit privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Verwaltungsverträge.....	953
3. Analogieunfähigkeit der §§ 54 ff. VwVfG	960
III. Zweistufentheorie	967
1. Zweistufentheorie als Instrument zum Schutz des potentiellen Vertragspartners	968
2. Zweistufentheorie als Instrument des Konkurrentenschutzes.....	974
IV. Vorrang „schlichter Privatrechtsanwendung“	981
1. Rechtlicher Vorrang „schlichter Privatrechtsanwendung“	982
2. Methodischer Vorrang „schlichter Privatrechtsanwendung“	986
B. Die „Zweiebenentheorie“	991
I. Durchsetzung subjektiv-öffentlicher Rechte auf Begründung privatrechtlicher Schuldverhältnisse	992
1. Materielle Rechtslage bei subjektiv-öffentlichen Rechten auf Abschluß privatrechtlicher Verwaltungsverträge im Normalfall	993

2. Materiellrechtliche Besonderheiten bei „Zwischenschaltung“ von Verwaltungsakten oder Zusagen.....	1005
3. Materiellrechtliche Besonderheiten bei der Einschaltung privater Kreditinstitute in die Subventionsvergabe.....	1010
4. Verwaltungsverfahrenrechtliche Durchsetzung	1015
5. Rechtsweg für die gerichtliche Durchsetzung	1024
6. Klageart und Vollstreckung bei gerichtlicher Durchsetzung	1036
7. Schadensersatzansprüche wegen Fehlverhaltens im Vorfeld des Vertragsschlusses.....	1045
II. Einwendung subjektiv-öffentlicher Rechte gegenüber nach Privatrecht bestehenden Verpflichtungen.....	1052
1. Behauptung, die dem Privaten vertraglich gewährten Rechte blieben hinter dessen subjektiv-öffentlichen Rechten zurück	1053
2. Behauptung, die dem Privaten vertraglich auferlegten Verpflichtungen verletzen dessen subjektiv-öffentliche Rechte.....	1056
3. Rechtswegprobleme bei der Anerkennung subjektiv-öffentlicher Rechte auf Änderung bestehender privatrechtlicher Verträge	1067
4. Behauptung des Verbots der Durchsetzung nach Privatrecht gegebener gesetzlicher Ansprüche.....	1073
5. Prozessuale Probleme bei Verboten der Durchsetzung gesetzlicher privatrechtlicher Ansprüche.....	1081
6. Behauptung sonstiger Rechtswidrigkeit privatrechtlichen Verwaltungshandelns.....	1087
III. Durchsetzung des Grundsatzes der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung durch den Verwaltungsträger	1091
1. Instrumentalisierung privatrechtlicher Möglichkeiten der Vertragsbeendigung zur Durchsetzung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	1093
2. Verfassungsrechtlicher Rahmen für die Zulässigkeit öffentlich-rechtlicher Vertragsänderungsansprüche der Verwaltung	1102
3. Möglichkeit der Begründung eines allgemeinen öffentlich-rechtlichen Vertragsänderungsanspruchs der Verwaltung durch Rechtsfortbildung..	1116

4. Einzelheiten zum Inhalt und zur Durchsetzung des allgemeinen öffentlich-rechtlichen Vertragsänderungsanspruchs der Verwaltung.....	1124
5. Öffentlich-rechtliche Vertragsänderungsansprüche der Verwaltung im Kartellvergaberecht	1130
6. Besonderheiten beim rechtswidrig gewordenen privatrechtlichen Verwaltungsvertrag	1137
IV. Besonderheiten beim verwaltungsprivatrechtlichen Konkurrentenstreit	1141
1. Durchsetzung subjektiv-öffentlicher Rechte auf „privatrechtliches Einschreiten“	1142
2. Der verwaltungsprivatrechtliche negative Konkurrentenstreit: Konkurrentenstreit im Subventionsrecht	1146
3. Der verwaltungsprivatrechtliche Konkurrentenverdrängungsstreit: Konkurrentenstreit bei Einstellung von Arbeitnehmern in den öffentlichen Dienst, bei Vergabe öffentlicher Aufträge und bei Vermögensprivatisierung.....	1156
4. Besonderheiten des verwaltungsprivatrechtlichen Konkurrentenverdrängungsstreits im Kartellvergaberecht	1172
Zusammenfassung der Ergebnisse	1184
I. Verwaltungsträger als gegenüber Privaten aus gesetzlichen privatrechtlichen Ansprüchen Verpflichtete	1184
II. Verwaltungsträger als Inhaber gesetzlicher privatrechtlicher Ansprüche	1187
III. Das Recht privatrechtlicher Verwaltungsverträge	1190
IV. Verwaltungsprivatrecht zwischen Verwaltungsträgern.....	1205
Literaturverzeichnis	1208
Sachverzeichnis	1271